

SCHWEIZER DELEGATION BEIM EUROPARAT  
 DELEGATION SUISSE AUPRES DU CONSEIL  
 DE L'EUROPE

P R O T O K O L L

der

Sitzung vom 30. April 1968, um 10 Uhr 15,

in Bern, Parlamentsgebäude, Zimmer IV

Vorsitz: Hr. Ständerat Rohner

Anwesend: HH. Nationalräte Bringolf, Franzoni, Furgler,  
 Hofer-Bern, Reverdin, Schaller und Weber  
 Max;  
 Ständeräte Borel, Lusser und Stucki.

Hr. Bundespräsident Spühler

HH. Botschafter Micheli, Politisches Departement,  
 Dr. Iselin, Chef des Integrationsbüros,  
 Vallotton, Chef der Sektion für wissen-  
 schaftliche Angelegenheiten,  
 Pictet, Chef der Sektion für internationale  
 Organisationen,  
 Jaeggi, Chef der Sektion für Information und  
 Presse,  
 Dr. Hugentobler, Integrationsbüro.

Entschuldigt: Hr. Nationalrat Suter

Protokollführer: Hr. Rohmann

Herr Präsident Rohner eröffnet die Sitzung und begrüsst ins-  
 besondere Herrn Bundespräsident Spühler, Herrn Botschafter Micheli  
 und ihre Mitarbeiter. Herr Botschafter Gagnebin ist durch eine  
 Sitzung der Minister-Stellvertreter in Strassburg zurückgehalten.  
 Traktandum 4 entfällt damit. Vielleicht bietet sich anlässlich  
 einer Strassburger-Session Gelegenheit, seine Ausführungen anzu-  
 hören.

1. Tour d'horizon

Herr Bundespräsident Spühler gibt folgenden Ueberblick über  
 die gegenwärtige Lage:

Dem Statut des Rates gemäss, beteiligen sich die Parlamen-  
 tarier an den Verhandlungen der Versammlung in persönlicher Eigen-  
 schaft. Diese Unabhängigkeit ist nützlich; sie erlaubt, neue  
 Ideen zur Diskussion zu stellen und Aktionen auf Regierungsebene





- 2 -

in die Wege zu leiten. Die Schweiz hat in den beiden wichtigsten Organen des Rates die gleichen Interessen zu verteidigen. Ein Gedankenaustausch zwischen Bundesrat und schweizerischen Parlamentariern ist daher zu begrüßen, auch wenn er keine Uebereinstimmung der Ansichten anstrebt.

Die Versammlung und die Rolle unserer Delegation sind für uns von grosser Bedeutung. Die Tätigkeit der Versammlung interessiert die Bevölkerung, die im allgemeinen kaum weiss, was auf Regierungsebene getan wird; ihrer Meinung nach besteht der Rat hauptsächlich aus der Versammlung. Die Versammlung ist wohl der charakteristischste Aspekt dieser ältesten europäischen Organisation, die aus einer Volksbewegung hervorging. Da der Europarat nie einen dominierend technokratischen Charakter annahm, blieb ihm die Gunst der Öffentlichkeit erhalten.

Die persönlichen Kontakte, welche die Delegierten mit ihren Kollegen aus den Mitgliedstaaten der EFTA und der EWG pflegen können, sind für uns sehr wertvoll. Es bietet sich dadurch für uns eine einzigartige Gelegenheit unsere Stellungnahme im Rahmen anderer Parlamente bekanntzumachen.

Auf Regierungsebene ist die schweizerische Zusammenarbeit mit dem Rat weiterhin eng und harmonisch. Die Angelegenheit Carona hat unsere Beziehungen zum Generalsekretär zwar etwas getrübt; Herr Smithers scheint etwas enttäuscht, dass das Projekt fallengelassen werden musste. Diese schwierige Phase geht jedoch ihrem Ende entgegen, das Klima dürfte sich bald verbessern. Wir beabsichtigen, den Generalsekretär nächstens nach Bern einzuladen, um einen Schlussstrich unter die Angelegenheit zu ziehen und um hervorzuheben, dass unser Wille zur Zusammenarbeit mit dem Rat dadurch nicht in Frage gestellt ist. Es scheint auch, dass die Aufmerksamkeit, mit welcher wir die Tätigkeit der Experten verfolgen, die Bedeutung, die wir Budgetfragen beimessen, und der Kampf, den wir gegen übertriebene Ausgaben und Doppelspurigkeiten führen, zuweilen als negative Faktoren gedeutet werden. Dies entspricht jedoch keineswegs den Tatsachen.

Zweifellos befindet sich das Sekretariat in einer Uebergangsphase. Herr Smithers führt auf gewissen Gebieten eine persönliche Politik, manchmal gegen den Willen der Mitgliedstaaten. Seine Umgebung lässt oft zu wünschen übrig. Einige seiner Mitarbeiter handeln oft ohne sein Wissen und erwecken den Eindruck, die Versammlung gegen die Minister und diese gegen die Versammlung auszuspielen zu wollen. In Herrn Modinos, der vor der Pensionierung steht, verliert das Sekretariat einen bedeutenden Mitarbeiter, der immer wieder seinen mässigenden Einfluss geltend machte. Keiner der beiden vorgeschlagenen Nachfolger, der Türke Akbil und der Italiener Sforza, verfügen über das nötige Format. Es ist somit nicht ausgeschlossen, dass der Rat einer labileren Periode entgegengieht. Generalsekretär Smithers wird sich 1969 zurückziehen.

Als Nachfolger wird in Kulissengesprächen vom Oesterreicher Toncic gesprochen. Die österreichische Regierung hat bereits den Wunsch geäußert, die Schweiz möchte diese Kandidatur unterstützen.



- 3 -

Es entspricht den freundschaftlichen Beziehungen, uns hierzu bereit zu erklären. Dennoch haben wir sogleich darauf hingewiesen, dass es der Regierung nicht zustehe, die Parlamentarier zu einer bestimmten Haltung zu bewegen.

Der Rat hat eine doppelte Rolle:

- a) er ist erstens ein dauerndes Instrument der europäischen Zusammenarbeit auf rechtlichem und technischem Gebiet und somit in der Lage, Lösungen zu finden, die für die Mitglieder der EFTA und der EWG gültig sind; dies dürfte auf lange Sicht die Annäherung der beiden Gruppen erleichtern und somit verhindern, dass sich jede separat entwickelt. Die europäische Zusammenarbeit in Strassburg bildet demnach das eigentliche Vorspiel der Integration im weitesten Sinn. Das Arbeitsprogramm stellt den Rahmen dieser Zusammenarbeit dar, eine Aufgabe, die vor allem den Expertenkomitees zufällt und seitens der nationalen Verwaltungen ein ständiges Anpassungsbestreben, d.h. eine nützliche intellektuelle Gymnastik erfordert. Auf diesem Gebiet ist die Versammlung der Katalysator der Ideen; sie gibt die Impulse. Sie muss überdies die Annahme der von den Regierungen abgeschlossenen Konventionen erleichtern, indem sie das Terrain in den nationalen Parlamenten vorbereitet. Es scheint uns jedoch wünschenswert, dass die Versammlung ihre Initiative in einem vernünftigen Rahmen hält. Die Regierungen können rein materiell nicht alle Anregungen in Erwägung ziehen; Ueberfluss verursacht zuweilen auch Ueberdruss. Es sollte auch verhindert werden, dass über Empfehlungen abgestimmt wird, die in die Zuständigkeit anderer Organisationen fallen. So ersuchte beispielsweise Empfehlung Nr. 500 die Regierungen der Mitgliedstaaten, eine Konferenz der Industriestaaten einzuberufen, um eine gemeinsame Politik für die UNCTAD-Konferenz in New Delhi festzulegen, und dies obschon die OCDE seit jeher das zuständige Organ für diese Koordinationsarbeiten ist.
- b) Der Rat ist auch eine politische Organisation, und zwar sowohl auf der Ebene des Ministerkomitees wie auch der Versammlung. Dem Statut gemäss sollte diese Tätigkeit im europäischen Rahmen gehalten werden. Tatsächlich überschreitet die Versammlung diesen Rahmen jedoch öfters, weil das Sekretariat - wenn der europäische Aufbau nicht voranschreitet -, die Tendenz hat Auswegsmöglichkeiten ausserhalb des Kreises der Mitgliedstaaten zu suchen. Dies betrifft beispielsweise seit zwei Jahren die Beziehungen zwischen Ost und West.

Zusammenfassend sind wir der Ansicht, dass bei einer Prioritätenordnung der Aufgaben des Rates folgende Ziele in der aufgeführten Reihenfolge berücksichtigt werden sollten:

- a) Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten: durch ununterbrochene Bemühungen, der wirtschaftlichen Teilung Westeuropas ein Ende zu setzen. Die Konventionen spielen in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle. Wir werden wahrscheinlich in nächster Zeit einige Konventionen unterzeichnen können.



Wir schenken der Frage der Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention unsere volle Aufmerksamkeit. Es wäre wünschenswert, dass die Parlamentarierdelegation die eidgenössischen Räte darauf vorbereitet.

- b) Aufrechterhaltung des internen Zusammenhangs. Die Lage in Griechenland hat im Rat grosse Verwirrung gestiftet. Die Initiativen der skandinavischen Staaten sind zweifellos übertrieben (Unterstützung der Partei André Papandreous). Die Schweiz ist in Anbetracht ihrer Neutralität verpflichtet, mit Mässigung zu handeln und konstruktive Lösungen zu suchen. Diese Haltung schliesst die Standhaftigkeit nicht aus: auch wir können eine Verletzung des Statuts nicht einfach hinnehmen. Doch wird ein entschlossener Druck, ohne Brutalität, bestimmt mehr Wirkung erzielen als ein Vorgehen, das Griechenland zu extremen Handlungen ermutigen könnte.
- c) Beziehungen mit der übrigen Welt. Es wäre für den Rat falsch, im geschlossenen Rahmen zu wirken, ohne Rücksicht auf die Welt, die ihn umgibt und die sich seit seiner Gründung stark verändert hat, zu nehmen. Andererseits muss aber auch eine übermässige Verzettelung verhindert werden, die übrigens nur zu manchmal widersprechenden Resultaten führt. Der Ministerrat hat keineswegs die Absicht, Empfehlungen des Rates, die aussereuropäische Probleme betreffen, Folge zu leisten.

Das Problem der Beziehungen mit Osteuropa ist sehr wichtig. Die neutrale Schweiz hat alles Interesse daran, dass die Entspannung Fortschritte macht und dass der Rat nicht, wie dies oft in Osteuropa der Fall ist, als eine Filiale der NATO betrachtet wird. Die Entspannung ist jedoch eine Aufgabe auf lange Sicht, die uns nicht vom eigentlichen Ziel einer engeren Verbindung zwischen den Mitgliedern des Rates abbringen darf. Der Rat kann mit Bezug auf diese Frage ohnedies nur eine geringe Rolle spielen, da die Entspannung in Europa eng mit der Lösung des deutschen Problems durch die Supermächte verbunden ist. So wie die Dinge liegen, begrenzt sich der Tätigkeitsbereich des Rates auf die technischen Fragen. Auf dieser Ebene kommt ihm bestimmt eine Rolle zu, obwohl der Generalsekretär die Lage im Osten nicht immer mit Realismus und Objektivität zu beurteilen scheint. Er ist einerseits überzeugt, dass Osteuropa ein reges Interesse an einer multilateralen Zusammenarbeit mit dem Westen hat und hierfür ein geeignetes Forum sucht, andererseits befürchtet er, von anderen Organisationen (CEE-UNO, UNESCO) überrundet zu werden. Es kann nicht nachgeprüft werden, ob diese Befürchtung auf Tatsachen beruht. Die Sowjetunion bringt dem Rat immer noch grosses Misstrauen entgegen, sie widersetzte sich beispielsweise kürzlich in New York dem Vorhaben, den Rat als Beobachter an die Konferenz der Vereinten Nationen über die Menschenrechte in Teheran einzuladen. Die anderen Oststaaten verfügen noch nicht über eine genügende Bewegungsfreiheit. Mit Bezug auf die Versammlung dürfte die Tatsache, dass den nationalen Delegationen keine kommunistischen Parlamentarier angehören, sowie die Einladungen



- 5 -

an reaktionäre amerikanische Parlamentarier wie W. Hayes und das Weiterbestehen einer Kommission der nichtvertretenen Nationen von den Oststaaten negativ gewertet werden.

Im Osten wie im Westen betreiben ohnedies die meisten Länder eine aktive Aussenpolitik, sie sind bestrebt, ihre Beziehungen auf bilateraler Ebene zu erweitern, um daraus auch politisch Vorteil zu ziehen. Die Entspannung ist in erster Linie eine zwischenstaatliche Angelegenheit, in welcher die bilateralen Beziehungen den Vorrang haben und die multilateralen Beziehungen sich mit dem Rest begnügen müssen. Man könnte fast sagen, dass die Rolle der internationalen Organisationen hier dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Mitgliedstaaten entspricht. Für die Schweiz, die gegenüber den Oststaaten keine sehr aktive Aussenpolitik betreibt, ist jedoch die multilaterale Tätigkeit von grösserem Interesse. Die Haltung, die wir bisher im Ministerkomitee verteidigt haben (Beziehungen auf technischem Gebiet, wobei die Initiative von den Oststaaten aus kommen muss), entspricht dem Mandat, das Generalsekretär Smithers erteilt wurde und bleibt weiterhin gültig.

Der Vorsitzende verdankt diese Ausführungen und schlägt vor, die Aussprache nach den Exposés der HH. Iselin und Vallotton zu führen.

### 2. Exposé über die Europäische Integration.

(Die Ausführungen von Herrn Dr. Iselin sind als Beilage 1 dem Protokoll beigeheftet.)

Der Vorsitzende dankt herzlich für die ausserordentlich interessanten Ausführungen.

### 3. Exposé über die Politik der wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

(Die Erläuterungen von Herrn Vallotton sind als Beilage 2 dem Protokoll beigeheftet.)

Der Vorsitzende verdankt auch diese Ausführungen.

### Aussprache

Hr. Lusser hatte kürzlich in Dakar ein Gespräch mit dem österreichischen Botschafter. Dieser verwies ihn auf einen Bericht des früheren österreichischen Aussenministers Bock, dessen Meinung auch bezüglich der Neutralität nicht allgemein geteilt würde. Bestehen noch engere Kontakte unter den Neutralen, d.h. mit Schweden und Oesterreich? Oder sollten sie heute, nachdem Oesterreich nicht mehr in Verhandlung mit der EWG steht, neu aufgenommen werden?

Hr. Bundespräsident Spühler bestätigt, dass sich in Oesterreich mit der neuen Regierungszusammensetzung eine Wandlung vollziehe und die Erkenntnis Platz greife, dass man auf dem alten Weg nicht vorankomme. Dies kam auch in den kürzlichen Gesprächen mit dem neuen Aussenminister Waldheim zum Ausdruck. Immerhin hat



- 6 -

Oesterreich nicht nur auf die Sowjet-Union und die Haltung Frankreichs, sondern auch auf Italien Rücksicht zu nehmen, das wegen der Südtirolfrage sein Veto in den Verhandlungen mit der EWG einlegte. Mit Oesterreich bestehen unsererseits ständige periodische Kontakte auf der Ebene der Generalsekretäre und der Chefs der politischen Abteilungen, die durch Besprechungen handelspolitischer Natur ergänzt werden. Die gleichen Verbindungen werden auch mit Schweden gepflegt.

Herr Iselin ergänzt diese Aussagen, was Schweden betrifft, dahin, dass die integrationspolitischen Kontakte mit diesem Land besonders intensiv sind. Seit Dezember 1966 haben verschiedentlich Besprechungen mit einer schwedischen Delegation stattgefunden. Sie galten jeweils Aussprachen über die allgemeine integrationspolitische Lage. In einer demnächst stattfindenden erneuten Besprechung wird eine Orientierung durch die schwedische Delegation über die kürzlichen Ergebnisse der Arbeiten im Nordischen Rat für eine intensivierete Zusammenarbeit interessant sein. Sodann dienten diese Besprechungen dazu, die in den Jahren 1961-62 zwischen den Neutralen (Schweiz, Schweden und Oesterreich) gemeinsam ausgearbeiteten Neutralitätsvorbehalte im Hinblick auf eine Assoziation mit der EWG im Lichte der seitherigen Entwicklung und unter Berücksichtigung der verschiedenen theoretisch möglichen Varianten für eine Gestaltung des Verhältnisses zu den Europäischen Gemeinschaften zu überprüfen. Es war jeweils auch nützlich, zu vergleichen, wie die durch einzelne materielle Regelungen im Römer Vertrag für schweizerische bzw. schwedische Verhältnisse aufgeworfenen Probleme im Fall einer engeren Verbindung mit den Gemeinschaften beurteilt werden.

Mit Oesterreich wurden die integrationspolitischen Kontakte, vorläufig auf bilateraler Ebene, seit letztem Jahr reaktiviert. In den bisherigen Zusammenkünften orientierten vor allem die Oesterreicher über die in ihren Verhandlungen mit der EWG betreffend ein Abkommen besonderer Art gemachten Erfahrungen. Dabei zeigte sich u.a., dass sich die österreichische Delegation die seinerzeit gemeinsam mit uns und den Schweden ausgearbeiteten Neutralitätsvorbehalte restriktiv interpretierte (z.B. was die Treaty Making Power betrifft, die österreichischerseits im wesentlichen auf den Osthandel beschränkt wird).

Herr Hofer erkundigt sich nach dem Stand der internen Abklärungen, vor allem über die neutralitätspolitischen sowie staatsrechtlichen und staatspolitischen Fragen, in den im Jahr 1961 in der Schweiz eingesetzten und offenbar kürzlich reaktivierten Arbeitsgruppen.

Herr Iselin: In Frühling 1967 wurden diese verwaltungsinternen Integrations-Arbeitsgruppen in denjenigen Bereichen reaktiviert, in denen sich für die Schweiz im Fall einer engeren Verbindung mit der EWG besonders schwierige Probleme ergeben könnten. Es geht zunächst um eine gründliche Bestandaufnahme der Sachgebiete, wie sie heute in der EWG, in der EFTA und in der Schweiz selbst geregelt sind. Auf



- 7 -

dieser Grundlage sollen die Hauptschwierigkeiten aufgezeigt werden, die sich für die Schweiz im Zuge der weiteren Integrationsentwicklung, d.h. sowohl im Fall einer engeren Verbindung mit der EWG wie im Fall der Isolierung, auf den entsprechenden Gebieten stellen könnten.

Was im besondern die Untersuchungen der Auswirkungen einer engeren Verbindung mit der EWG auf die schweizerische Neutralität, auf die föderalistische Struktur unseres Landes und auf die Institutionen der direkten Demokratie betrifft, so liegen Entwürfe der dafür eingesetzten Arbeitsgruppen vor, die indessen zunächst innerhalb der Verwaltung, vielleicht unter Beizug von Vertretern der Wirtschaftskreise, auf breiterer Basis geprüft werden sollen.

M. Borel est satisfait que le département politique proposera l'adhésion à la convention concernant les droits de l'homme. Il a cependant appris que la France prévoit également cette adhésion et il serait extrêmement désagréable que la Suisse adhère comme dernier Etat européen. C'est pourquoi il prie le département d'accélérer les efforts.

Hr. Bundespräsident Spühler dankt für diesen Hinweis. Dass auch Frankreich diesen Beitritt beabsichtigt, war ihm bisher nicht bekannt. Das Parlament wird noch dieses Jahr die entsprechende Botschaft erhalten.

Hr. Hofer verweist im Zusammenhang mit der Menschenrechtskonvention auf einen Artikel im Bulletin der Internationalen Juristenkommission. Eine Verfasserangabe fehlt; es wäre interessant zu wissen, wer in dieser Form - und in einer Zeitschrift, die auch in andere Sprachen übersetzt wird - über unsere Lage schreibt.

Hr. Bundespräsident Spühler wird versuchen, den Verfasser zu eruieren.

M. Reverdin constate que le diagnostic sur la coopération scientifique européenne posé par M. Vallotton est juste. Il s'agit vraiment d'une grave crise. L'avenir de la recherche spatiale européenne est en suspens, et les perspectives sont peu favorables. Les décisions relatives du Supercern tardent. Le sort de la coopération en biologie moléculaire demeure incertain, et cela pour des raisons mesquines. Comment et quand sortira-t-on de la crise? Impossible de le dire aujourd'hui, ni même d'affirmer qu'on en sortira.

#### 4. Mai-Session in Strassburg

Der Vorsitzende teilt mit, dass im Turnus der Gruppe Irland, Oesterreich und Schweiz es für 1968/1969 der Schweiz zufällt, einen Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung zu stellen.

Hr. Weber schlägt, nachdem die Delegation schon darüber gesprochen hat, den Vorsitzenden, Herrn Rohner, als Vizepräsidenten vor. - So beschlossen.



- 8 -

Hr. Franzoni bemerkt, dass der Bericht der Commission du règlement hauptsächlich die Frage des Quorums bei Abstimmungen neu regeln will. Während bisher die Gesamtzahl der zugeteilten Sitze zählt, soll inskünftig nur noch die Zahl der gewählten Mitglieder als Grundlage dienen. Im weitern ist beabsichtigt, die Redezeit in der Versammlung von Fall zu Fall zu beschränken.

M. Reverdin constate des inconvénients pour les présidents de commission etc. provenant du fait que la délégation suisse est nommée tous les six ans en décembre, alors que les sessions de Strasbourg s'ouvrent au mois de mai de chaque année. Il propose de faire coïncider la durée des fonctions avec les législatures du Conseil de l'Europe, soit 6 ans de mai à mai (au lieu de décembre à décembre).

Der Protokollführer teilt dazu mit, dass die parlamentarische Delegation beim Europarat als ständige Kommission im Sinne der Geschäftsreglemente betrachtet wird und die Mitglieder für je sechs Jahre gewählt werden. Eine Anpassung an die jeweils im Mai eröffnete und innerhalb eines Jahres drei Sitzungsperioden umfassende Session in Strassburg hätte zur Folge, dass unsere Vertreter in jeder Frühjahrssession neu zu wählen wären. Einer Zusammenstellung der Groupe de travail chargé des relations avec les parlements nationaux ist zu entnehmen, dass die meisten Mitgliedstaaten diese Regelung kennen und die Schweiz die längste Amtsdauer für ihre Delegationsmitglieder aufweist.

Hr. Hofer erkundigt sich, ob die Commission du règlement zur Frage der Aufhebung der Commission des nations non représentées Stellung genommen habe.

Hr. Franzoni bemerkt dazu, dass Hr. Radius (Frankreich) beauftragt sei, hierüber einen besonderen Bericht zu verfassen. Allgemein bestehe in der Kommission die Auffassung, diese Kommission aufzuheben.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass Hr. Bretscher sich seinerzeit vehement dagegen gewehrt hat. Unsere Delegation ist im grossen und ganzen nach wie vor für die Beibehaltung dieser Kommission.

Von der Europa-Union ist dem Vorsitzenden ein Schreiben mit einer Verlautbarung zu den Angriffen gegenüber unserer Delegation zugegangen. Diese Ausführungen sind nicht geeignet, die Angelegenheit in einer für uns annehmbaren Weise aus der Welt zu schaffen. Es liegt auch eine Einladung der Europa-Union zu einem deutsch-schweizerischen Gespräch in Basel vor.

Hr. Hofer gibt dazu bekannt, dass der gleiche Berichterstatter aus dem Bundeshaus auch den Grossteil der Publikationen der Europa-Union redigiert. Der Redner ist nicht mehr geneigt, mit der Europa-Union zusammenzuarbeiten.

Die HH. Hofer, Schaller und Rohner werden eine Einladung zu den Gesprächen in Basel ablehnen.



- 9 -

Der Vorsitzende teilt noch mit, dass Herrn Bretscher, unserem früheren Präsidenten, gestern von der Universität Zürich die Würde eines Ehrendoktors zuerkannt wurde. Er schlägt vor, dem Geehrten ein Glückwunschtelegramm zukommen zu lassen. - So beschlossen.

Die Teilnahme an der Mai-Session in Strassburg wird bereinigt (siehe Beilage 3).

Der Vorsitzende spricht abschliessend allen Teilnehmern, insbesondere Herrn Bundespräsident Spühler und seinen Mitarbeitern im Politischen Departement und der Handelsabteilung, den besten Dank aus.

---

Schluss der Sitzung um 12 Uhr 30

---

Der Protokollführer:

*Palman*